Wir Bürger Liberal. Konservativ.

2 Grad ohne Staat

Das klimapolitische Konzept von Wir Bürger

Vorwort 2
Ausgangslage: 3
Unsere Antwort 5
2 Grad ohne Staat 5
Hintergrunderläuterung und Funktionsweise 6
- Zertifikatausgabe 7
- Verursacher 7
- Zertifikathandel 7
- Erfolgsmessung 8
- Durchsetzung 9

FAQ – Häufig gestellte Fragen 9

V.i.S.d.P.: Jürgen Joost, Bundesvorsitzender Wir Bürger

Vorwort

Liebe Mitbürgerinnen, liebe Mitbürger,

die Erwärmung der Erdatmosphäre schreitet seit Beginn des industriellen Zeitalters voran und hat sich zunehmend beschleunigt. Es wäre ganz und gar unvernünftig, einen wesentlichen menschlichen Beitrag zum Klimawandel zu bestreiten, er ist plausibel zu erklären und somit sehr wahrscheinlich.

Das Ziel, den globalen Klimawandel zu begrenzen, ist richtig. Der eingeschlagene Weg ist vollkommen falsch.

Es ist ein von grüner Eindimensionalität geprägter Irrglaube, den Klimawandel wirksam durch staatliche Vorgaben, Reglementierungen, Steuern und jedwede Art von Aktionismus bekämpfen zu können. Koste es, was es wolle. Auch die „bürgerlichen“ Parteien CDU/CSU und FDP folgen blindlings diesem vermeintlichen Zeitgeist, um geräuschlos mit den Grünen koalieren zu können.

Das Schlimme daran ist die bedingungslose Staatsgläubigkeit, die darauf setzt, dass Politiker am besten wissen, wie man alles lenkt, steuert und die Welt rettet. Dabei wird uns das Staats- und Politikversagen tagtäglich vor Augen geführt. Warum sollte es beim Klimawandel anders sein?

Wir sind überzeugt: Nicht der Staat kann die Welt retten, sondern der Markt. Nur der Markt.

Man kann ein globales Problem wie den Klimawandel nicht durch nationale Alleingänge, regionalen oder gar kommunalen Aktionismus lösen. Damit verbrennt man allenfalls das Geld, das wir dringend zur Vorsorge und Bewältigung der Folgen des Klimawandels benötigen.

Deutschland trägt ganze 2 % zum Ausstoß von Treibhausgasen bei. Eine Nullemission würde die Erderwärmung um gerade 0,025 Grad (!) absenken. Also praktisch gar nicht.

Unser Konzept „2 Grad ohne Staat“ ist der einzig erfolgversprechende Weg, um die Klimaziele überhaupt erreichen zu können – global, marktwirtschaftlich, ohne Deindustrialisierung, ohne Wohlstandsverlust und ohne die Welt in Armut und Hunger zu stürzen.

Herzliche Grüße

- Bundesvorsitzender -

Ausgangslage:

Kein ausreichender Effekt bisheriger Klimapolitik

Der neueste UN-Klimabericht konstatiert eine weitere Verschlechterung der Situation. Das Ziel einer Begrenzung der Erderwärmung, so wie im Pariser Klimaabkommen als wünschenswertes Szenario beschrieben, wird als nicht mehr realistisch erreichbar angesehen. Mit anderen Worten: der UN-Klimarat (IPCC) bescheinigt der Weltgemeinschaft Versagen im Kampf ums Klima.

Der bisherige Versuch, die Erderwärmung zu bremsen, beruht auf zahlreichen und detailliert ausgeführten staatlichen Plänen, die in Gestalt einer Vielzahl von Verordnungen daherkommen (darunter die Nachhaltigkeits-, Kraftstoffqualitäts-, Hydrierungs-, Chemikalienklimaschutz-, Energieeinsparverordnung, usw.). Der deutsche Sonderweg des Ausstiegs aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie und deren Ersatz durch fossile Brennstoffe verschlimmert die Lage dramatisch. Es gibt zwei grundsätzliche Möglichkeiten, beim Scheitern von Maßnahmen zu reagieren: entweder man verschärft die Maßnahmen oder man probiert andere Vorgehensweisen aus.

„Mehr vom Selben“ ist das, was in der deutschen politischen Diskussion vorgeschlagen wird: noch striktere Richtlinien, genauere Pläne, präzisere Ge- und Verbote. Praktisch tritt eine zunehmend staatliche Lenkung der Wirtschaft ein – Umweltsozialismus.

Nachdem die bisherigen Lenkungsbemühungen ausweislich des jüngsten IPCC Reports nicht erfolgreich waren, könnte man die Frage nach alternativen Herangehensweisen stellen. Konkret wäre zu prüfen, ob man das Pariser Ziel, den Temperaturanstieg gegenüber der vorindustriellen Zeit bis 2100 um nicht mehr als 2 ° C ansteigen zu lassen, nicht auf andere Weise besser (oder überhaupt) erreichen kann, nämlich ohne staatliche Zentralplanung?

Für die Untersuchung eines liberalen Klimaschutzmodells sprechen nicht nur die üblichen Probleme, die zentrale Wirtschafts- und Gesellschaftsplanung mit sich bringen (Sozialismus), sondern auch die Tendenz, dass sich solche Maßnahmen „verselbständigen“ und weniger der Sache dienen (hier der Temperaturbegrenzung), als mehr zu einem weiteren allgemeinen Instrument der Staats-finanzierung werden und gar nicht mehr ihrem originären Ziel dienen. Das europäische Emissionszertifikatshandelssystem illustriert diese Tendenz.

Europäisches Emissionshandelssystem: vom effizienten Ansatz zur Zusatzsteuer mit geringem Umweltvorteil

Emissionshandel über Zertifikate ist an sich ein effizientes System, ein zuvor bestimmtes Ziel zu erreichen – hier die Begrenzung des Schadstoffausstoßes. Zunächst wird die Anzahl an Zertifikaten bestimmt, die der Menge an sinnvollerweise zugelassenem Schadstoffausstoß entspricht. Sodann müssen die Emissionsverursacher entsprechend ihrer Schadstoffverursachung Zertifikate erwerben – oder ihre Produktion so ändern, dass sie weniger oder keine Schadstoffe mehr ausstoßen und dann weniger oder keine Zertifikate mehr brauchen. Der Preis für die Zertifikate kann sich am Markt bilden und spiegelt die technischen Möglichkeiten wider. Es entsteht ein maximaler Anreiz, unnötige Emissionen zu vermeiden bzw. durch Einsatz effizienter Technologien zu reduzieren. Es verbleiben nur Emissionen, für die technische Alternativen im Vergleich zum Preis des Emissionszertifikats zu teuer sind.

2005 wurde ein europäisches Emissionszertifikatshandelssystem eingeführt. Entsprechend der gemeinsam bestimmten maximalen Schadstoffausstoßmenge konnten die einzelnen Staaten Emissionszertifikate an schadstoffausstoßende Unternehmen verteilen. Diese konnten sie sodann untereinander handeln, so dass für ineffiziente Firmen Zusatzkosten entstanden und für effizientere Unternehmen ein Ertrag. Die Zertifikate wurden zunächst gratis an die Unternehmen verteilt; der Staat konnte keine Zusatzeinkommen erzielen, die umweltpolitische Lenkwirkung und Förderung klimapolitischer Ziele wurde jedoch ermöglicht.

Insbesondere ab 2013 wurden dann substanzielle Mengen der Zertifikate nicht mehr gratis an die Firmen abgegeben, sondern vom Staat versteigert. Dadurch entstehen Einnahmen für die Regierung, statt nur einer Kostenverschiebung zwischen den Unternehmen. Zunächst wurden fast alle Zertifikate an die Unternehmen verteilt und nur 5 % direkt durch den Staat versteigert. Die Staatsquote veränderte sich dadurch praktisch nicht. Dann jedoch wurde der staatliche Anteil auf 10 %, später auf 20 % und inzwischen auf 70 % erhöht. In Zukunft soll das Verteilmodell ganz wegfallen, so dass Unternehmen dann alle benötigten Zertifikate direkt bei der Regierung erwerben müssen, die dadurch zusätzliche Einnahmen generiert. In der Folge steigt der Staatsanteil immer weiter.

Zudem tritt nun die EU als Akteur auf, nicht mehr die einzelnen Staaten. Dies erlaubt es, einen zusätzlichen Umverteilungsmechanismus zu implementieren. Osteuropäische Staaten erhalten einen überproportionalen Anteil an den aus der Versteigerung der Zertifikate generierten Einnahmen. 2021 gab es für fossile Brennstoffe in Deutschland einen festen Preis von 25 € pro Tonne, im Koalitionsvertrag vom Dezember 2021 heißt es, der Preis solle den Stand von 60 € pro Tonne langfristig nicht mehr unterschreiten, erwartet wird eher eine weitere Steigerung.

Dieser Preis bildet sich nicht mehr am Markt, sondern ist eine politisch festgelegte Steuer. Spätestens damit ist die Entkoppelung vom zugrundeliegenden Problem – nur noch eine bestimmte Menge Schadstoffe auszustoßen – vollzogen. Ein zusätzlicher staatlicher Besteuerungsmechanismus mehr ist entstanden. Dass der zentral geplante Preis dauerhaft so genau trifft, dass die umwelt-politisch gewünschte Lenkwirkung eintritt, ist so wahrscheinlich, wie das Finden der berühmten Nadel im Heuhaufen: nur Marktpreise sind „markträumend“. Zentral festgelegte Preise sind entweder zu hoch, dann bricht die Nachfrage zusammen bzw. Unternehmen scheiden aus dem Markt aus. Oder der Preis ist zu niedrig geschätzt und dann fehlt der Anreiz, sich für das damit angestrebte Klimaziel einzusetzen.

Mit anderen Worten: der Versuch, über staatliche festgelegte Preise ein Emissionsziel zu erreichen, ist zum Scheitern verurteilt und verursacht entweder unnötig Arbeitslosigkeit oder verfehlt das Einsparziel. Stände das Umweltziel im Vordergrund, müsste der Staat den Preis ständig anpassen, um an jedem Jahresende mit der gewünschten Schadstoffausstoßreduktion heraus zu kommen. Somit wären wir wieder bei einem Marktpreis.

Fazit: Wenn es um die Begrenzung der CO2-Emissionen geht und nicht um ein zusätzliches Besteuerungselement, ist ein sich bildender Marktpreis wie beim Emissionsrechthandel wirkungsvoller als eine CO2-Steuer. Der Zertifikatepreis reagiert flexibel auf die Nachfrage nach zugelassenen Emissionen, während die CO2-Steuer derzeit zu niedrig und künftig möglicherweise zu hoch ist, um das beabsichtigte Ziel der CO2-Begrenzung zu erreichen.

Unsere Antwort

Da die bisherigen Bemühungen zum Klimaschutz erfolglos verlaufen sind und zunehmende sozialistische Planwirtschaft mit sich bringen, schlagen wir ein neues System vor:

- Konsequente Nutzung eines Emissionszertifikatesystems (marktwirtschaftliche Steuerelemente)
- Anreiz zur weltweiten Ausdehnung
- Zertifikate werden direkt den Bürgern zugeteilt, ohne Regierungsbeteiligung (Vermeidung von Zweckentfremdung)
- Selbstverwaltetes System (genossenschaftlich)
- Regelmäßige neutrale Erfolgskontrolle und Anpassung („Sunset-Modell“)
- Erreichen des Umweltziels mit minimalem Aufwand und minimaler Beeinträchtigung bürgerlicher Freiheit und individueller Lebensgestaltung.

2 Grad ohne Staat

Die Beendigung und Rückführung des globalen Klimawandels erfordert koordinierte Maßnahmen der Staatengemeinschaft. Selbst wenn Deutschland unmittelbar „klimaneutral“ würde und unter der Annahme, dass die gesamte Temperaturveränderung auf menschengemachten Kohlendioxidausstoß zurückzuführen wäre, würde Deutschland bis 2100 die Temperaturveränderung bestenfalls um etwa 0,025 °C verändern.

Nationale Alleingänge tragen nicht zu einer effizienten Lösung des Problems bei, sondern führen zu einer beispiellosen Verschwendung von Ressourcen, ohne in Wirklichkeit einen nennenswerten Beitrag zur Begrenzung des Temperaturanstiegs zu leisten. Die Rolle der einzelnen Staaten sollte sich dabei auf das Beitreten zu einem internationalen Klimaabkommen beschränken, das effektive und effiziente Rahmenbedingungen schafft, um diese globale Herausforderung zu bewältigen.

Ausgehend von der Beobachtung eines globalen Temperaturanstiegs und der Annahme wohlstandsbedrohender Konsequenzen sowie der Annahme menschengemachter Ursachen – und somit menschlicher Einflussmöglichkeit – schlagen wir einen sich selbst regulierenden Mechanismus zur Lösung des Temperaturproblems vor, in Anlehnung an den bereits existierenden europäischen Emissionshandel. Die Maxime ist, „2 Grad ohne Staat“ zu erreichen, da so eine effiziente, auf die Aufgabe bezogene und zeitlich begrenzte Maßnahme umgesetzt werden kann.

Im Rahmen eines internationalen Handels von Schadstoffzertifikaten erhalten unmittelbar die Bürger der teilnehmenden Staaten durch einen selbstverwalteten Mechanismus jeweils Zertifikate über die Emission von Treibhausgasen, die sie persönlich handeln bzw. verkaufen können. Der selbstverwaltete Mechanismus kann in Anlehnung an ein genossenschaftliches System mit zahlreichen konkurrierenden Dienstanbietern effizient und kostengünstig organisiert werden.

Staaten, die sich dem gemeinsamen Verfahren nicht anschließen und nicht am Zertifikathandel beteiligen, sind seitens der teilnehmenden Staaten über Zölle mit kompensatorischen Abgaben in einer Höhe zu belegen, die den Beitritt zum Zertifikathandel attraktiv machen.

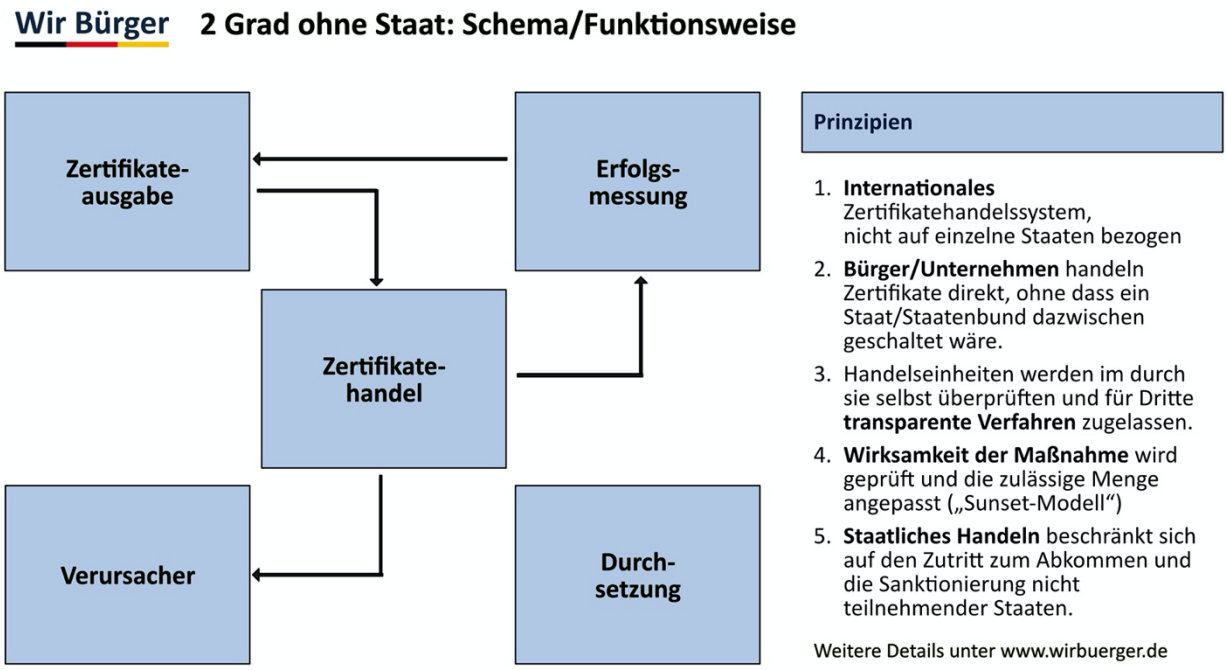
Die Menge der jährlich ausgegebenen Zertifikate sowie deren Reduktion über die Zeit, wird zu Beginn in der Vereinbarung festgelegt und im Anschluss durch eine neutrale Instanz bestimmt, die die Wirksamkeit der Maßnahmen prüft und in Abhängigkeit von deren Effektivität den weiteren Reduktionsfahrplan anpasst. Diese Zertifikate müssen entsprechend ihres Bedarfs von den produzierenden Treibhausgas-Emittenten erworben werden.

Auf diese Weise entsteht ein Marktpreis für die Emission von Treibhausgasen und damit ein Anreiz, die technisch-kommerziell effizienteste Lösung zu finden und umzusetzen. Das Zertifikathandelssystem ist selbstorganisiert, transparent und darauf ausgerichtet, sich durch Erreichen des Ziels selbst überflüssig zu machen („Sunset-Modell“). Staatliches Handeln ist, jenseits des Beitritts zum globalen Zertifikatshandelssystems und dessen Sanktionierung, nicht nötig.

Die Zertifikate der Bürger von Staaten, die sich dem gemeinsamen Verfahren nicht anschließen und nicht am Zertifikathandel beteiligen, werden anteilig den Bürgern der teilnehmenden Staaten zugewiesen. Allerdings ist der Beitritt gerade für Länder mit geringen eigenen Pro-Kopf-Emissionen ausgesprochen attraktiv und führt einerseits zu einer Wohlstandvermehrung insbesondere in Entwicklungsländern, aber auch zu einem Verzicht auf den Einsatz fossiler Energieträger bei der Entwicklung der eigenen Wirtschaft.

Wir fordern für Deutschland und die Europäische Union die sofortige Umstellung der Zertifikatszuweisungen an die Bürger. Deutschland und der EU kommt hierbei die Initiativfunktion zu, um die am Pariser Klimaabkommen teilnehmenden Staaten zu einem schnellen Beitritt zu bewegen.

Hintergrunderläuterung und Funktionsweise



Zertifikatausgabe

Ein Zertifikathandel funktioniert, indem die zulässige Gesamtmenge eines Schadstoffausschusses (hier Treibhausgase) festgelegt wird und gleichmäßig an die Beteiligten verteilt wird. Im ursprünglichen EU-Zertifikatehandelssystem wurden diese Zertifikate an die Unternehmen verteilt, die sie dann untereinander handeln konnten. Jeder kann seine Zertifikate verkaufen und zwar an andere Beteiligte, die mehr Schadstoffe ausstoßen und entsprechend zum Ausgleich Emissionsrechte erwerben müssen. Im hier vorgeschlagenen System werden die Emissionsrechte jedoch nicht an die Unternehmen verteilt, sondern an die Bürger. Letztere können ihre Rechte z.B. über die Börse an Unternehmen verkaufen, die Produkte herstellen, welche Schadstoffe emittieren. Dadurch fließen die Kosten in den Endpreis ein: ein Markt für gutes Klima ist geschaffen!

Durch den Emissionsrechtshandel entsteht ein Marktpreis. Ein Marktpreis hat zur Folge, dass

- Erstens im Preis aller Produkte die Schadstoffkosten enthalten sind.
- Zweitens entsteht ein Anreiz, den Schadstoff so weit wie sinnvoll zu reduzieren, um möglichst geringe Kosten zu haben.
- Drittens wird der Akteur, der mit geringsten Emissionsvermeidungskosten den größten Reduktionserfolg erreichen kann, dies als erstes tun.

Ein Zertifikathandel ist effizient, d.h. er sorgt dafür, dass durch den Marktmechanismus mit minimalem Aufwand ein maximaler Effekt erzielt wird. Eine Alternative wäre eine Steuer oder die Festlegung von Grenzwerten, die durch eine Behörde überprüft würden. Eine solche Lösung wäre jedoch nicht effizient, da erstens ein teurer Prüfmechanismus installiert werden müsste und zweitens die Behörde nicht wissen kann, welche Akteure besonders kostengünstig Schadstoff reduzieren können. Dadurch könnten einige Beteiligte zu hohe Auflagen bekommen und andere zu niedrige. Der Anreiz, den Schadstoffausstoß so weit wie möglich zu reduzieren – also auch über das geschriebene Maß hinaus – entfällt, da nur Auflagen erfüllt würden, nicht aber überdurchschnittliche Erfolge kommerziell nutzbar würden.

Die Zertifikate werden direkt den einzelnen Bürgern zugeteilt, wozu spezielle Dienstleister eingesetzt werden. Hierfür gibt es keine Zugangsbeschränkungen, nur Qualitätsanforderungen (Datenschutz, Sicherheit, Identifizierbarkeit usw.). Die Zulassung der Verteilungsdienstleister wird durch diese selber entsprechend der Qualitätsanforderungen geregelt, wobei es eine Gerichtsbarkeit gibt. Der Umfang des jeweiligen Zertifikats (z.B. Tonnen CO2), ergibt sich aus den Reduktionsplanmengen, die in einem langfristigen Plan festgelegt werden, der indes regelmäßig auf Erfolg hin geprüft wird (siehe Erfolgsmessung).

Verursacher

Als Verursacher werden jene Akteure verstanden, die durch Produktion oder Dienstleistung eine Tätigkeit ausüben, die Schadstoffe verursacht. Analog zum bereits bestehenden europäischen Zertifikatshandelssystem müssen diese Verursacher Zertifikate erwerben, um eine Kompensation für ihre Emission von Schadstoffen zu erbringen.

Zertifikathandel

Der Zertifikathandel bringt das Angebot an Zertifikaten und die Nachfrage danach zusammen. Es bildet sich ein „markträumender“ Preis, d.h. ein Preis, zu dem alle Handelnden einig werden und alle Zertifikate angeboten bzw. benutzt werden. Alternative Austauschmechanismen vermögen nicht, den tatsäch-

lichen Preis zu ermitteln, der den aktuellen technischen Möglichkeiten und der Angebot-Nachfrage-Situation entspricht.

Der Zertifikathandel erfolgt an allen Börsen, die diese Leistung anbieten wollen und den Qualitätskriterien entsprechen. Grundsätzlich kann indes jeder Bürger seine Zertifikate auch anders verkaufen, z.B. direkt an Unternehmen, an Zwischenhändler usw. Auf diese Weise entsteht Wettbewerb zwischen den Handelsplätzen, wodurch die kostengünstigste Abwicklung sichergestellt ist. Die Abwicklung erfolgt über Banken bzw. Handelshäuser, die nicht mehr als 20 % ihres Umsatzes mit diesem Zertifikathandel machen dürfen. Die Umsatzbeschränkung ist nötig, um Abhängigkeiten zu vermeiden, die einer „sunset legislation“ abträglich sein könnten. Sonnenuntergangsregelungen sind so ausgelegt, dass sie nach Erfüllen ihres Zwecks verschwinden. Im vorliegenden Fall geht es gerade darum, eine Klimaschutzmaßnahme umzusetzen und nicht eine dauerhafte Steuerquelle zu erschließen. Ist das Klimaziel erreicht, muss der Mechanismus verschwinden. Als doppelte Sicherheit sollte daher möglichst vermieden werden, dass „stakeholder“ entstehen, die vollständig abhängig von diesem Geschäftsmodell sind und möglicherweise versuchen könnten, Einfluss auf den Fortbestand zu nehmen.

Die Zertifikathandelshäuser sind nicht identisch mit den Zertifikatverteilungsstellen. Dies ist nötig, um einen offenen Wettbewerb um die Kunden einerseits zu ermöglichen und andererseits sicher zu stellen, dass alle Nutznießer – auch in der III. Welt – erreicht werden, ohne Doppelterfassung. Es bietet sich an, alle Zertifikate redundant in eine Blockchain einzubinden und somit lückenlos nachzuvollziehen und zu dokumentieren.

Ebenso wie im Falle der Zertifikatverteiler gilt auch beim Zertifikathandel, dass alle Unternehmen zugelassen werden müssen, die den zuvor bestimmten notwendigen Qualitätskriterien genügen. Nur so kann ein freier Markt entstehen. Die Überprüfung erfolgt durch die bereits zugelassenen Handelshäuser. Als Vorbild dienen hier Genossenschaften, deren Mitglieder sich gegenseitig kontrollieren.

Die Einhaltung der Regeln ist einklagbar bei einem dafür vorgesehenen internationalen Gericht. Hierfür bietet es sich an, dass die internationale Handelsschiedsgerichtbarkeit diese Aufgabe übernimmt und nicht eine exklusiv dafür geschaffene Einheit, um keine sunset-schädliche Abhängigkeit aufkommen zu lassen. Die Zertifikatshändler leben von einer marktlich bestimmten Prozessgebühr. Kartellrecht analog dem europäischen Kartellrecht gilt.

Erfolgsmessung

Wesen staatlicher Abgaben ist, dass sie oftmals auch nach Wegfall ihres eigentlichen Ziels fortgeführt werden, weil sich der Staat an die Einnahmen gewöhnt hat. Aus diesem Grunde muss das System ohne Staat auskommen und in sich geschlossen funktionieren, da ansonsten ein staatlicher Anreizmechanismus besteht, die Abgabe ständig zu erhöhen und dauerhaft zu verstetigen. Allerdings ist auch ein selbstorganisierter Zertifikatmechanismus nicht davor gefeit, dass dessen Nutznießer ein Interesse daran haben könnten, den Mechanismus über das Ziel hinaus aufrecht zu erhalten.

Deshalb muss es eine neutrale Drittinstanz geben, die prüft, ob die gesetzten Ziele erreicht wurden. Gleichzeitig prüft diese Instanz den Fortschritt und bestimmt die zukünftige Zertifikatmenge. Ein stabiler, manipulationssicherer Mechanismus muss zudem aus so vielen Akteuren bestehen, dass sowohl Interessenpolitik und Korruption, wie auch Kartellbildung unmöglich wird. Es muss also einen objektiven Maßstab geben, der von zahlreichen Instanzen überprüft wird.

Das vorliegende Programm geht von der Annahme wohlstandsbedrohender Konsequenzen sowie der Annahme menschgemachter Ursachen der beobachteten Temperaturerhöhung aus. Basierend auf einem angenommenen Wirkungsgefüge wird ein Plan zur Reduzierung des Temperaturanstiegs

erarbeitet und Umsetzungsmaßnahmen überprüft. Hierbei geht es um die CO2-Reduktion aber auch um CO2-Äquivalente wie CH4 (Methan) und ggf. andere anthropogene Treibhausgase.

Eine Möglichkeit könnte sein, durch ein System von Stiftungslehrstühlen eine objektive Erfolgsmessung zu gewährleisten. Finanziert durch einen Beitrag aus dem Zertifikathandel, werden eine Reihe Stiftungslehrstühle installiert, die für 25 Jahre finanziert werden (was ca. 20 Mio. € kostet für einen Lehrstuhl mit Mitarbeitern, Doktoranden und Ausstattung) und welche ausdrücklich keine Drittmittelaufträge annehmen dürfen, um ihre Unabhängigkeit zu gewährleisten. Diese Einrichtungen messen den Erfolg (Umweltschäden, Wirkung der Maßnahmen) und stellen in ihrer Summe das oberste Lenkungsorgan dar, welches alle fünf Jahre die Höhe der Zertifikatzuteilungen bestimmt. Dieses erfolgt auf Grundlage der zuvor festgestellten Regeln, die von unabhängigen Gerichten überprüft werden können.

Die neutrale Erfolgsmessung ist von fundamentaler Bedeutung für das System und stellt einen signifikanten Fortschritt gegenüber bestehenden Vorschlägen dar. Diese kommen ohne Erfolgsmessung aus – und bemerken deshalb möglicherweise gar nicht, dass sie wirkungslos sind. Ein sinnvolles Nachjustieren ist nicht möglich. Im schlimmsten Fall verselbständigt sich ein nicht auf seine Wirkung hin kontrolliertes Abgabensystem. Dem Anspruch einer sachzielorientierten sunset legislation entsprechend wird durch die neutrale Erfolgsmessung eine Anpassung ermöglicht.

Durchsetzung

Im Rahmen der Durchsetzung kommt dem jeweiligen Staat die einzige Rolle im vorliegenden Modell zu: das staatlich organisierte Gemeinwesen bestimmt den Zutritt oder Austritt aus dem Klimaabkommen.

Zur Durchsetzung des Abkommens und zur Prüfung seiner Einhaltung wird eine Schiedsgerichtsbarkeit eingerichtet. Ansonsten ist das System als selbstregulierender Mechanismus aufgebaut.

FAQ – Häufig gestellte Fragen

- **Wie erhalten die Bürger ihre Zertifikate?**

  Jeder Bürger auf der Welt, der sich in einem Land befindet, das dem Abkommen beigetreten ist, erhält jährlich seine Zertifikate, wobei jeweils 1/12 des jährlichen Gesamtvolumens monatlich zugeteilt wird. Diese werden über Agenten verteilt, die die Identifikation der Begünstigten vornehmen und sie im Zertifikatszuteilungsregister eindeutig registrieren. Diese Agenten können ebenfalls gleich ein Angebot zum Verkauf der Zertifikate machen und diesen Handel über die entsprechenden Börsen abwickeln. Jeder, der Mindestkriterien wie Datensicherheit erfüllt, kann als Agent zugelassen werden. Dadurch entsteht der maximale Wettbewerb und die globale Verteilung erfolgt zu den Mindestkosten ohne teure staatliche Bürokratie.

  Die Zertifikate sind für ein Jahr gültig und verfallen, wenn sie nicht verkauft wurden. Somit können die Bürger selber bestimmen, ob sie die Emissionsreduktion beschleunigen wollen. Jedes Jahr erfolgt eine neue Emissionsrechtzuteilung. Der Wert dieser Zertifikate ist nicht zuvor bestimmbar, da Schadstoffverursacher in Abhängigkeit von der technischen Entwicklung und marktlichen Nachfrage nach ihren Produkten mehr oder weniger Schadstoffe emittieren und endsprechend nachfragen.

- **Ist das nicht ein bürokratisches Monstrum?**

  Nein. Bereits jetzt existiert ein Zertifikatesystem. Bei jeder Flugreise, jeder Tankfüllung oder dem Erwerb eines Autos zahlen wir einen Obolus – ohne es zu bemerken. Genauso würde es auch im vorliegenden Modell funktionieren. Die Kosten für die Emissionszertifikate und der damit verbundene bürokratische Aufwand fällt bei Produzenten an, nicht bei Konsumenten. Der einzige Unterschied zum gegenwärtigen System ist aus Sicht eines Bundesbürgers, dass er einmal pro Jahr ein Zertifikat erhält und dieses auf Wunsch verkauft, ähnlich wie eine Aktie.

- **Muss jeder Bürger eine individuelle CO2-Bilanz aufstellen und für sich selbst Zertifikate hinzukaufen?**

  Nein. Die Hersteller von Produkten, die Treibhausgase verursachen, müssen die Zertifikate kaufen, die ihrer Menge an Schadstoffausstoße entsprechen. Sie legen diese Kosten auf die Endpreise um. Genau wie jetzt auch schon, erwirbt der Konsument somit automatisch einen Emissionsrechtsanteil beim Kauf eines Produktes, ohne es zu merken. Außer im Preis, der damit auch eine Signalwirkung hat. Umweltunfreundlichere Produkte werden teurer und entsprechend weniger nachgefragt und angeboten. Praktisch bedeutet das neue System keinen nennenswerten bürokratischen Mehraufwand für die Bürger, außer einmal im Jahr die Entscheidung zu treffen, seine Zertifikate zu verkaufen oder nicht.

- **Wie wird die Menge an Zertifikaten bestimmt?**

  Die zum Erreichen der projektierten Temperaturveränderung zulässige Gesamtemissionssumme der diversen relevanten Treibhausgase (CO2, CH4 usw.) wird berechnet. Dieser Wert wird durch die Anzahl der Menschen auf der Erde geteilt. Jeder Bürger hat prinzipiell Anrecht auf Emissionszertifikate, die seinem Anteil entsprechen. Jedes Jahr werden Zertifikate neu berechnet, in Abhängigkeit von der Entwicklung der Bevölkerungszahl und der zulässigen Menge. Letztere nimmt ständig ab (im EU-Emissionshandel um ca. 2 % p.a.).

  Während die aktuelle Menge an Zertifikaten stark politisch bestimmt wird, sieht das „2 Grad ohne Staat“-Modell eine unabhängige Messung und Volumenbestimmung vor. Alle 5 Jahre wird ein neuer Mengenplan ausgearbeitet. Dabei wird eine Prognose über die Temperaturentwicklung in Abhängigkeit von der Emissionsentwicklung erstellt und regelmäßig überprüft. Je mehr das Ziel der Temperaturstabilisierung erreicht wird, desto weniger Zertifikate werden ausgestellt. Auf diese Weise läuft das System bei Erreichen des Klimaziels automatisch aus. Sollte sich herausstellen, dass kein Zusammenhang besteht, läuft das Abkommen ebenfalls aus.

- **Wie funktioniert das System außerhalb Deutschlands, weltweit?**

  Maßnahmen zur Reduktion des menschlich verursachten globalen Temperaturanstiegs, die nur in Deutschland oder nur in Europa ergriffen werden, können bereits rein rechnerisch gesehen keinen signifikanten Einfluss auf das Klima haben. Da nur etwa 2 % der Treibhausgase in Deutschland emittiert werden, könnte selbst bei komplettem Verzicht darauf und der Annahme von vollständig anthropogenem Klimawandel nur eine Reduktion der Erderwärmung um etwa 0,025 °C erfolgen. Maßnahmen in Deutschland haben also nur Symbolcharakter; ihre mögliche Wirksamkeit entfaltet

sich nur bei globaler Anwendung. Deshalb müssen alle klimapolitischen Maßnahmen auf ihre globale Wirkung geprüft werden.

Das „2 Grad ohne Staat“-Abkommen stellt ein Anreizsystem dar, eine globale Anwendung zu finden. Dadurch, dass jeder Bürger ein unmittelbares Anrecht auf Zertifikate hat (die bei einem CO2-Preis von 25 €/t gegenwärtig. etwa 70 € wert wären) entsteht insb. in den Ländern wie Indien, die eine besonders klimakritische Politik betreiben, ein Druck zum Beitritt zum Abkommen. Welche indische Partei wird sich dauerhaft dem Druck ihrer Wähler entziehen können, die ihre Zertifikate erhalten wollen? Die bisherigen klimapolitischen Alleingänge Deutschlands haben nachweislich keinen Effekt auf das Klima gehabt, wohl aber eine hohe Belastung deutscher Bürger erreicht. Eine Verschärfung dieses Wegs kann rein quantitativ zu keiner Problemlösung führen, sondern entspricht einer maßlosen Überschätzung des „2%-CO2-Ausstoßvolks“.

- **Stellt das System nicht eine Ausbeutung der Entwicklungsländer dar?**

  Nein, im Gegenteil. Ausnahmslos alle Bürger der Welt werden in diesem Abkommen gleichbehandelt, mit gleichen Rechten und Pflichten. Daher erhält jeder die gleiche Anzahl an Zertifikaten, auch in den teilnehmenden Entwicklungsländern. Viele Produzenten sind jedoch in Industrieländern angesiedelt. Dadurch wird durch den Zertifikathandel im Schnitt ein Mittelzufluss in die wenig umweltschädlichen Entwicklungsländer stattfinden. Das 2 Grad ohne Staat-Abkommen stellt somit gleichzeitig ein großes Entwicklungshilfeprojekt dar. Durch die Erhöhung der Kaufkraft in prekären Ländern ist zudem ein weit positiverer Entwicklungseffekt zu erwarten, als durch die klassische großprojektfokussierte Entwicklungshilfe.

- **Kann es keine Spekulation mit Zertifikaten geben und Firmen z.B. ihre Konkurrenz ausbooten?**

  Spekulationen sind unwahrscheinlich. Die Marktmanipulation eines einzelnen Unternehmens („Konzerns“), welches damit seine direkten Wettbewerber schaden möchte, ist auszuschließen, weil die Zertifikate nicht pro Branche ausgegeben werden, sondern an den Emissionen orientiert sind. Wenn also beispielsweise ein Stahlhersteller alle Zertifikate alleine kaufen wollte, müsste er auch die Zertifikate, die ansonsten die Zementhersteller oder die Raffinerien usw. gekauft hätten aufkaufen. Das ist nicht möglich. Hinzu kommt, dass die Zertifikate eine begrenzte Laufzeit von einem Jahr haben und jeden Monat erneut auf den Markt kommen. Damit ist auch eine allgemeine Finanzmanipulation sehr erschwert. Es ist ferner möglich, durch ein blockchainartiges System absolute Transparenz zu schaffen, die es jedem ermöglichen zu prüfen, wer welche Zertifikate hält bzw. eintauscht. Durch Transparenz ist Spekulation der Boden entzogen.

- **Wir Deutschland nicht wettbewerbsunfähig, falls andere Länder nicht am System teilnehmen?**

  Ähnlich wie heute könnten Trittbrettfahrer das Klimaprogramm umgehen, wenn sie nicht dafür sanktioniert würden. Aus diesem Grund müssen die Produkte aus Staaten, die nicht am Abkommen teilnehmen, sobald sie in das Abkommensgebiet exportieren, entsprechend nachbelastet werden. Richtig ist jedoch, dass rein nationale Dienstleistungen innerhalb nicht-teilnehmender Länder nur schwer einbezogen werden können. Dies ist auch der gegenwärtige Zustand. Umso wichtiger ist es jedoch, einen Anreizmechanismus zu schaffen, zum globalen Beitritt. Im Gegensatz zu allen bisherigen Klimaschutzgesetzen hat dieses Abkommen indes einen innewohnenden Anreizmechanismus zum Beitritt, indem den einzelnen Bürgern direkt die Zertifikate zugeteilt werden.

- **„Ich halte davon nichts, den Klimawandel gab es schon immer. Und Emissionszertifikate lösen auch keine Probleme, die der Mensch auch nicht lösen kann.“**

  Sollte der Klimawandel – spezifisch der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur – nicht oder nur zu sehr geringem Maß durch anthropogene Treibhausgasemissionen verursacht sein, dann würde auch ein emissionsreduzierendes Zertifikatshandelssystem (mit oder ohne Staat) keinen Effekt erzielen.

  Das vorliegende Modell zeigt einen liberalen Weg auf, effizient und ohne Einschränkung der Freiheitsrechte das Klimaziel zu erreichen. Gleichzeitig sieht das Modell – ganz wesentlich – die Prüfung des Erfolgs vor. Der neutrale Mess- und Anpassungsmechanismus erfasst, ob ein Effekt eintritt. Wenn der insb. vom IPCC angenommene Mechanismus des menschengemachten Treibhauseffekts zutreffend ist, sollten die ergriffenen Maßnahmen spätestens in einem Fünfjahresverlauf eine Wirkung zeigen. Treten sie nicht oder anders ein, besteht die Möglichkeit zu korrigieren. Entweder große und teure Fehler werden vermieden oder wichtige und richtige Maßnahmen umgesetzt. Die Schärfe der Klimadebatte, die sich in Teilen auf Glauben statt Messung stützt, wird genommen. Dies ist auch ein konservatives, Gemeinschaft-bildendes Element des „2 Grad ohne Staat“-Vorschlags. Generell gilt, dass politische Maßnahmen auf ihre Wirkung hin überprüft werden müssen, um im Rahmen einer sunset legislation Fehlentwicklungen zu vereiteln.

- **Wäre ein staatliches System nicht sicherer?**

  Nein. Ein staatlicher Mechanismus ist missbrauchsanfälliger als ein privater Mechanismus und weniger zielgerichtet. Je zentralistischer ein Entscheidungsmodell, desto leichter kann es zweckentfremdet werden. Würde ein globales Zertifikatshandelssystem als zentralstaatliche Variante implementiert werden – z.B. über eine UN-Stelle mit Ausführung entweder durch die UN oder mittels der Nationalstaaten oder Staatengebilden wie die EU – so würde diese Instanz sehr leicht in die Versuchung geraten, über diesen Mechanismus ihre Einnahmen und damit ihren Einfluss auszuweiten. Genauso ist es beim europäischen Emissionsrechtshandel passiert, der sich von einem staatsquotenneutralen Handel zwischen Unternehmen Schritt für Schritt zu einem Mechanismus einer zusätzlichen Steuererhebung entwickelt hat. Das Sachziel gerät sukzessive außer Blick. Hinzu kommt, dass sobald einmal ein solcher Mechanismus etabliert ist, weitere Ziele aufgebürdet werden, die mit dem ursprünglichen Anlass wenig zu tun haben könnten.

  Negative externe Effekte – wie etwa ein menschgemachter Klimawandel – erfordern kollektives Handeln. Über die Lösung eines spezifischen Problems hinaus sollte jedoch keine zentrale Planung erfolgen, um die Freiheit der Lebensgestaltung eines jeden Bürgers oder Nation nicht zu beeinträchtigen.

- **Könnte nicht eine rechtliche Regelung den Missbrauch vermeiden?**

  Die Erfahrung zeigt, dass rechtliche Rahmenbedingungen durch Staaten nicht immer eingehalten werden. Man vergleiche die Erosion der europäischen Rechtsordnung; die Maastricht-Verträge wurden bereits über 200-mal missachtet, das sog. „Corona-Hilfspaket“ der EU verstößt gegen § 310 AEU des Verschuldungsverbots der EU usw. Zentralstaatliches Handeln ist aber nicht alternativlos, als die einzige Lösung für das Problem negativer externer Effekte. Das vorliegende Modell „2 Grad ohne Staat“ zeigt auf, wie eine effiziente minimalstaatliche Problemlösung aussehen kann.